

Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen im Oder-Neiße-Grenzgebiet als regionalpolitisches Problem *

Der Wunsch nach Entwicklung der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Polen hat nach der Wiedervereinigung Deutschlands ein bedeutendes Gewicht in der praktischen Wirtschaftspolitik erhalten und bereits vielfältige Aktivitäten ausgelöst. Zu ihnen gehört auch die Ausarbeitung einer Reihe von Studien, die die Ableitung von Handlungskonzepten zur Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs in der deutsch-polnischen Grenzregion an Oder und Neiße zum Gegenstand haben. Ermöglicht wurden solche Zielsetzungen vor allem durch die neuen ordnungspolitischen Bedingungen in beiden Ländern, die für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Grenzregion bedeutende Chancen beinhalten. Darüber hinaus verliehen die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen abgeschlossenen Verträge über die Bestätigung der zwischen beiden Staaten bestehenden Grenze und über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit diesem Prozeß neue Impulse.

Die sich schon heute abzeichnenden Dimensionen der Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzgebiets als Element des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern und die europäische Dimension der Entwicklung der Grenzregion als Brücke zur Mitte und zum Osten des Kontinents heben das Problem der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit an Oder und Neiße über den Rahmen nur regionaler Bedeutung hinaus. Dies war zweifellos der Ausgangspunkt für das Bundeswirtschaftsministerium, eine Studie in Auftrag zu geben, um zunächst den regionalpolitischen Handlungsbedarf für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzgebiet als ein wichtiges Teilelement der generellen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen näher zu bestimmen.

Die Studie, die Ende 1991/Anfang 1992 vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Berlin (IAW) unter dem Titel "Die deutsch-polnischen Grenzgebiete als regionalpolitisches Problem" erarbeitet wurde, baut zwar auf bereits vorliegenden Materialien wie z.B. der sog. "GOPA-Studie"/Förderkonzept Oder-Raum oder "Stolpe-Plan" auf, hat aber einen anderen systematischen Ausgangspunkt. Sie hat nicht das Ziel, unternehmerische Aktivitäten z.B. in bezug auf einen grenzüberschreitenden Industriepark oder andere vordefinierte Aktivitäten zu kanalisieren. Vielmehr geht es darum, die für eine freie unternehmerische Entwicklung in der deutsch-polnischen Grenzregion notwendigen institutionellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als Grundlage für eine schnelle Entwicklung zu bestimmen und auf die speziellen politischen Rahmenbedingungen für diese Entwicklung zu verweisen, die wegen des besonderen deutsch-polnischen Verhältnisses in der Grenzregion als eine quasi sekundäre wirtschaftliche Förderkulisse beachtet werden müssen.

Vor einer kurzen Beschreibung des Inhalts der Studie dürfte es zweckmäßig sein, einige Aspekte des Herangehens der Autoren an die für die Erarbeitung des Materials notwendigen Untersuchungen zu erläutern, was das Verständnis der formulierten Positionen erleichtern dürfte.

1. Es besteht eine breite Übereinstimmung sowohl in der Republik Polen als auch in der Bundesrepublik Deutschland darin, daß die Regionalpolitik in den deutsch-polnischen Grenzgebieten die Aufgabe hat,
 - Buchstaben und Geist des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 mit Leben zu erfüllen und
 - die grenzüberschreitende wirtschaftliche Zusammenarbeit an Oder und Neiße als Notwendigkeit und Chance des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Grenzregion der neuen Bundesländer und der Republik Polen zu nutzen.

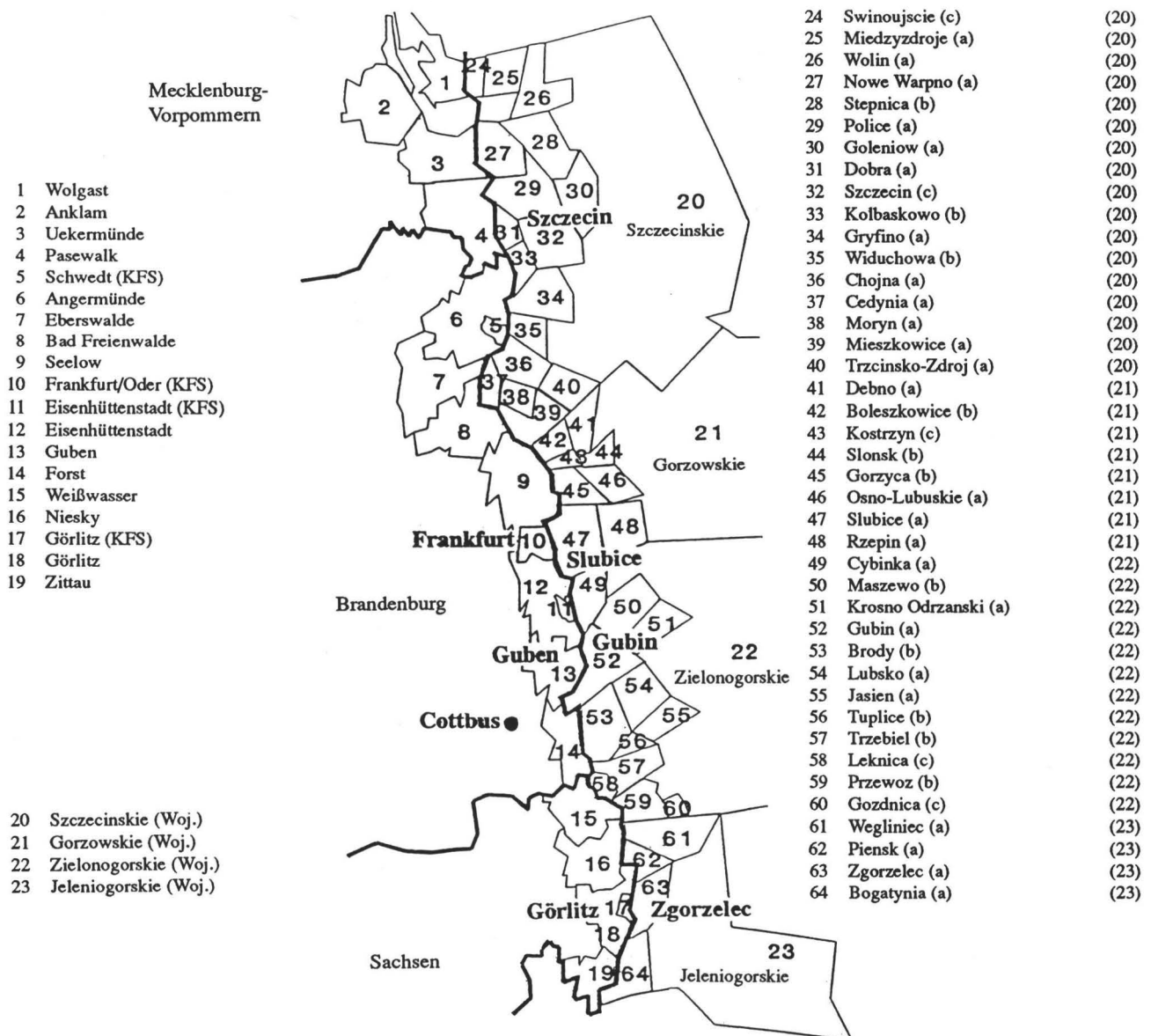
Insofern liegt die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Grenzregionen im ureigenen Interesse der beiden beteiligten Länder. Ohne Nutzung der Chancen und Potentiale, die in der gemeinsamen Erschließung des Oder-Neiße-Wirtschaftsraums liegen, ist angesichts der begrenzten staatlichen Unterstützungsmöglichkeiten für die durch ihre Grenzlage benachteiligten Regionen deren beschleunigter wirtschaftlicher Aufschwung nicht möglich.

2. Nachdem die Bundesregierung und die Regierung der Republik Polen mit dem genannten Vertrag den notwendigen Handlungsrahmen auch für die Lösung dieser Aufgaben geschaffen haben, stehen Unternehmen und Interessenverbände, aber vor allem auch Gebietskörperschaften, Landesregierungen und Wojewodschaftsbehörden vor der Aufgabe, einen umfangreichen Katalog regionalpolitischer Probleme zu lösen. Im Vordergrund sollte das Ziel stehen, den regionalen Wirtschaftsaufschwung und den Abbau des Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles an der deutsch-polnischen Grenze durch die gemeinsame Erschließung der Potentiale des Oder-Neiße-Stromgebiets als Wirtschaftsraum zu erreichen. Dabei kommt es darauf an,
 - die aus der bisherigen Grenzlage und -situation entstandenen strukturellen Defizite der Region beiderseits von Oder und Neiße zu beseitigen,
 - die Chancen für eine Wiederbelebung historisch gewachsener, früher kooperierender Wirtschaftspotentiale zu nutzen und
 - mit der Modernisierung von wirtschaftsnaher Infrastruktur und Grenzübergängen – als Adern der regionalen Wirtschaft und des West-Ost-Güterverkehrs – die Grundlagen für die Gestaltung einer hohen wirtschaftlichen Eigendynamik der Region zu schaffen.

3. Der an das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung erteilte Auftrag, in praktisch nur vier Monaten die notwendigen Untersuchungen durchzuführen, erforderte von vornherein, einen sehr engen Kontakt mit den Gebietskörperschaften, Kommunen und Verbänden sowohl auf deutscher als auch auf polnischer Seite herzustellen. Die Erkundung der Probleme unmittelbar "vor Ort" bei den damit befaßten und betroffenen Menschen erwies sich als wichtige Voraussetzung, um praktisch wirksame Handlungskonzepte abzuleiten. Bereits die ersten Untersuchungen und Gespräche zeigten, daß es sinnvoll ist, die eigentliche Grenzregion als einen Raum zu definieren, der zunächst nur die unmittelbar an der Grenze liegenden deutschen Kreise

und polnischen Gemeindegebiete der 1. und 2. Reihe umfassen sollte (siehe Karte 1). Damit wäre eine auf beiden Seiten der 460 km langen Grenze gleichgewichtige Grenzregion beschrieben. In dieser Region sind die Menschen gegenwärtig am deutlichsten mit den politischen und wirtschaftlichen Wirkungen der Grenze konfrontiert, sind Effekte am ehesten zu erwarten und ist die Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Lösung der Probleme am größten. Daß ein in der 2. Reihe liegendes Oberzentrum wie Cottbus hier wegen spezifischer Interessen eine Ausnahme macht, bestätigt eher die Regel.

Karte 1:
Schema der deutsch-polnischen Grenzregion



(KFS) = kreisfreie Stadt; (a) = Stadt- und Landgemeinde; (b) = nur Landgemeinde; (c) = nur Stadtgemeinde; (22) = Wojewodschaft

Natürlich werden sich längerfristig, bei wirtschaftlich prosperierender Entwicklung, auch entfernter gelegene Gebiete für eine Mitwirkung interessieren. Mitwirkung und Interesse bei der Überwindung der Anfangsschwierigkeiten wird man aber vor allem bei den unmittelbar Beteiligten suchen müssen.

Dies wird auch dadurch unterstrichen, daß durch Kommunen, Verbände und Organisationen in dieser Region bereits vielfältige, wirtschaftlich sinnvolle Initiativen in Gang gebracht wurden. Stellvertretend können die Stiftung "Europabrücke Oderland" in Frankfurt/Oder, die bereits erfolgten oder geplanten Gründungen von Euroregionen in Zittau, Stettin und Cottbus/Guben, die Aktivitäten des Verbandes der westpolnischen Gemeinden sowie die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Doppelstädten an der Grenze und in einigen Grenzkreisen genannt werden.

Das in den oben genannten Punkten skizzierte Herangehen an die Untersuchungen und die konsequente Orientierung an den wirtschaftlichen Realitäten in beiden Ländern dürften in einem hohen Maße die Akzeptanz der inhaltlichen Konzeption der Studie bestimmen. Obwohl, gemessen an den durchaus historischen Dimensionen der vor beiden Ländern stehenden Aufgabenstellung, nur eine kurze Zeit des Neuanfangs und der praktischen Arbeit hinter allen Beteiligten liegt, sind Bedeutung und Kompliziertheit der zu lösenden Aufgaben auch für die breite Öffentlichkeit sehr deutlich geworden. Von der überwiegenden Mehrheit der verantwortlich Beteiligten wird dabei die Meinung vertreten, daß der Prozeß der Zusammenarbeit beschleunigt und qualifiziert werden muß. Der Schwerpunkt wird dabei darin gesehen, den mit den genannten Verträgen geschaffenen Handlungsspielraum und politischen Rahmen für die Zusammenarbeit voll auszuschöpfen, weitaus stärker als bisher Erfahrungen und Empfehlungen europäischer Institutionen für Lösungen zu nutzen und vor allem die in den Grenzregionen an Oder und Neiße vorhandenen Potenzen vor ihrem drohenden weiteren Verfall für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu nutzen.

Im *ersten Abschnitt* der vom IAW vorgelegten Studie werden deshalb als Ausgangspunkt solcher Überlegungen die wirtschaftsgeographische Situation, die Wirtschaftsstruktur, die Industriebrachen, Infrastruktur und Umwelt sowie Strukturdefizite und regionale Disparitäten in der deutsch-polnischen Grenzregion untersucht. Zu dieser Region gehören im Sinne dieser Studie auf deutscher Seite die 19 unmittelbar an der Grenze liegenden Kreise Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs, Sachsens und auf polnischer Seite 41 Gemeinden der Wojewodschaften Szczecinskie, Gorzowskie, Zielonogorskie und Jeleniogorskie. Auf polnischer Seite sind auch Gemeinden der "zweiten Reihe" einbezogen, soweit sie von der Struktur und Problemlage her der direkten Grenzregion zugeordnet werden können. Hinsichtlich der erfaßten Fläche und der Einwohnerzahl wurde damit eine annähernde Symmetrie erreicht: 9 179 km² und 964 000 Einwohner in den deutschen Grenzkreisen

und 8 071 km² und 910 000 Einwohner in den polnischen Gemeinden.

Die deutsch-polnische Grenzregion besitzt eine sehr differenzierte Wirtschaftsstruktur. Große Industriestandorte befinden sich in den dichtbesiedelten südlichen deutschen Grenzkreisen des Freistaates Sachsen, in den südlichen polnischen Gemeindeverbänden um Bogatynia und Zgorzelec, in den deutschen Städten der mittleren Grenzregion (Frankfurt/Oder und Eisenhüttenstadt) sowie in Szczecin und Schwedt. Im Gegensatz dazu ist in den dünnbesiedelten Gebieten beiderseits von Oder und Neiße die Land- und Forstwirtschaft als Wirtschaftszweig vorherrschend.

Das Fazit der Untersuchungen zur Wirtschaftssituation besteht darin, daß in der deutsch-polnischen Grenzregion auch infolge des Anpassungsprozesses der Wirtschaft an marktwirtschaftliche Bedingungen in einem starken Maße regionale Disparitäten und Strukturdefizite vorhanden sind. Eines der auffälligsten Strukturdefizite ist die vergleichsweise dünne Besiedlung eines großen Teils der Grenzkreise bzw. Gemeindegebiete und das deutliche Süd-Nord-Gefälle der Besiedlungsdichte auf beiden Seiten der Grenze, wobei die Stadt Szczecin eine Ausnahme bildet. Weitere wesentliche Defizite äußern sich in dem Vorhandensein monostrukturierter Industrie, einem hohen Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft sowie in Mängeln der Infrastrukturausstattung. Wesentlichste Erscheinungsform struktureller Disparitäten sind jedoch hohe Arbeitslosenquoten, die in den deutschen Grenzkreisen vor allem durch das Zusammenbrechen großer Industriepotentiale und durch eine enorme Freisetzung von Arbeitskräften in agrarwirtschaftlich geprägten ländlichen Kreisen bedingt sind.

Zu den im *zweiten Abschnitt* dargestellten Grundprämissen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit gehört, bei den konkreten Projekten künftig stärker den Inhalt der Verträge zwischen Deutschland und Polen zum Ausgangs- und Zielpunkt zu machen. Es kommt darauf an, wegen der unikalalen Konzentration gravierender wirtschaftlicher Widersprüche, Disparitäten, aber auch Entwicklungspotenzen eine besonders aktive Regionalpolitik mit teilweise unkonventionellen Lösungen zu entwickeln und dabei auch die Erfahrungen der anderen europäischen Grenzregionen zu nutzen. Bei allen Vorhaben und Aktivitäten sollten die aus historischen Gründen entstandenen Befindlichkeiten der Bevölkerung grundsätzlich berücksichtigt werden.

Ausgehend von den vorliegenden Projektvorschlägen ergeben sich folgende Schwerpunkte der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit:

- Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen durch Modernisierung und Neubau von Grenzübergängen und Transitwegen,
- Ausdehnung und Diversifizierung der wirtschaftlichen Beziehungen durch Kooperation und Arbeitsteilung,
- wirtschaftliche Nutzung des Oder-Neiße-Stromgebietes,
- Verbesserung der Standortbedingungen durch Umwelt- und Naturschutz,

- Entwicklung einer grenzüberschreitenden regionalen Wirtschaftsplanung,
- Verstärkung der Wirtschaftsförderung,
- Lösung von Problemen der Export- und Importbeziehungen sowie des Einflusses der Währungsunterschiede.

Ausgehend von der vorgenommenen Analyse der Wirtschaftslage wird im *dritten Abschnitt* eine Regionalisierung der deutsch-polnischen Grenzregion in drei Teilabschnitte vorgenommen. Damit soll den differenzierten regionalen Ausgangsbedingungen, Chancen und erforderlichen regionalpolitischen Aktivitäten besser Rechnung getragen werden. Andere Formen der Regionalisierung werden aber ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Beispielsweise wird eine regionale Einteilung in folgende Grenzregionen vorgeschlagen:

- *nördliche Grenzregion* mit den polnischen Grenzgemeinden der Wojewodschaften Szczecinskie und den deutschen Kreisen Wolgast, Anklam, Ueckermünde, Pasewalk, Schwedt, Angermünde, Eberswalde und Bad Freienwalde,
- *mittlere Grenzregion* mit den polnischen Grenzgemeinden der Wojewodschaft Gorzowskie und dem überwiegenden Teil der polnischen Grenzgemeinden der Wojewodschaft Zielonogorskie sowie den deutschen Kreisen Seelow, Frankfurt/Oder, Eisenhüttenstadt (kreisfreie Stadt und Landkreis), Guben und Forst und
- *südliche Grenzregion* mit den polnischen Grenzgemeinden der Wojewodschaft Jeleniogorskie und einigen polnischen Grenzgemeinden der Wojewodschaft Zielonogorskie sowie den deutschen Kreisen Weißwasser, Niesky, Görlitz (kreisfreie Stadt und Landkreis) und Zittau.

In diesem Abschnitt erfolgt, bezogen auf die genannten Teilregionen, eine Konkretisierung der auf Sachgebiete der Zusammenarbeit konzentrierten Aussagen des zweiten Abschnittes. Gegenwärtig besteht in den betreffenden Regionen eine sehr große Vielfalt von Zielsetzungen und Projektvorstellungen mit einem unterschiedlichen Realisierungsgrad. Daneben gibt es auch Unterschiede in den Formen und der Intensität der Zusammenarbeit, bei der Bildung von Fördergesellschaften und Partnerschaften, bei der Vorbereitung bzw. Realisierung von Euroregionen und Projekten mit Beteiligung der EG, in den Formen ihrer Einbeziehung in die Regionalplanung und in die Wirtschaftsförderung. Die Vielfalt von Aktivitäten und die aufgetretenen Schwierigkeiten und Hemmnisse bei der Realisierung der Projekte verdeutlichen den zunehmenden regionalpolitischen Handlungs- und Koordinierungsbedarf.

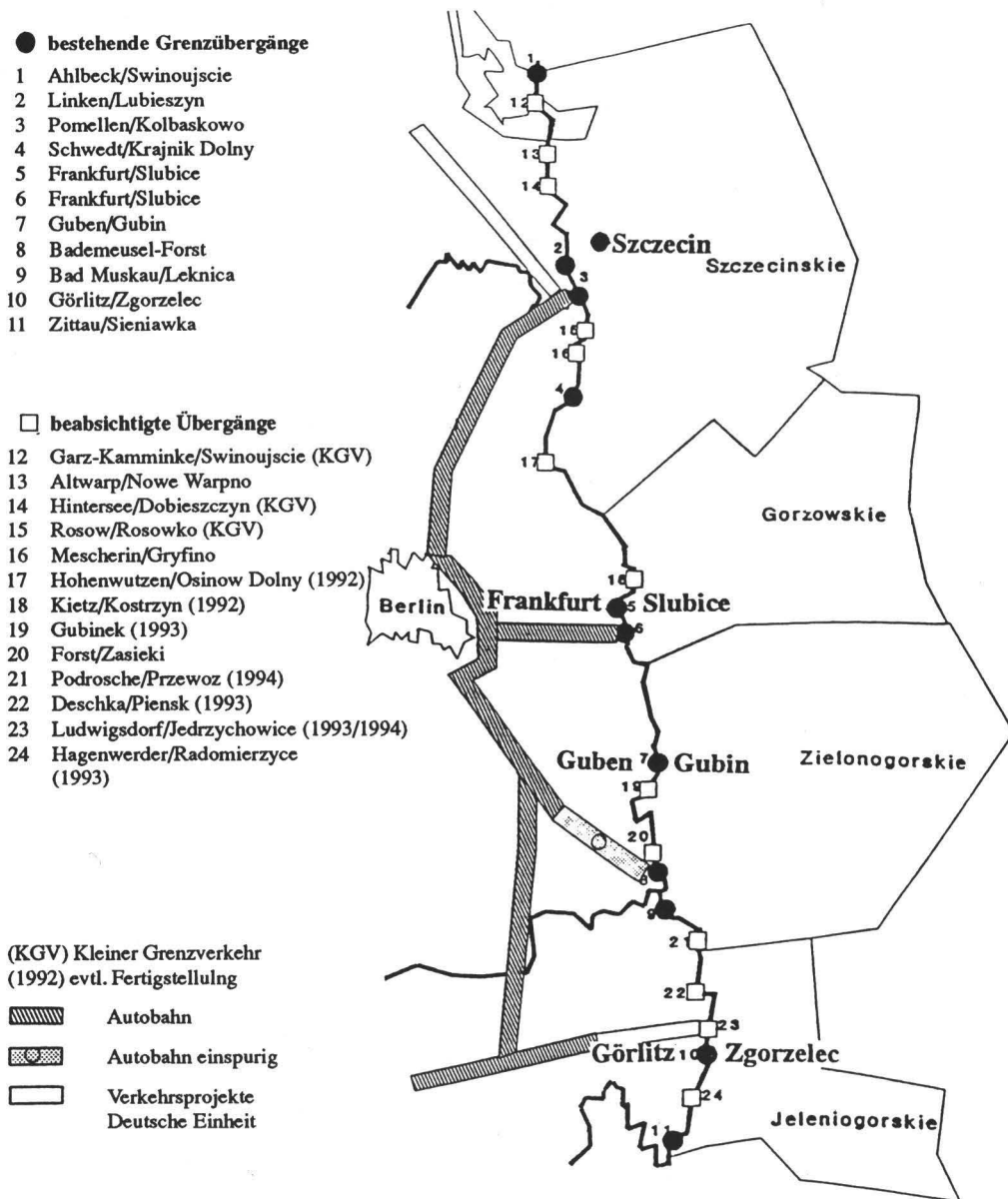
Im *vierten Abschnitt* wird zum Einsatz der Förderprogramme der EG, des Bundes und des Landes festgestellt, daß an der Grenze zwischen Deutschland und Polen ein erhebliches Ungleichgewicht der Struktur- und Regionalförderung besteht. Das polnische Grenzgebiet erfährt z.Z. keine

staatliche Förderung. Auch die Förderung durch die Europäische Gemeinschaft hat nur einen ganz spezifischen und begrenzten Rahmen (Aktion "Ouverture", "Phare"-Programm). Für das deutsche Grenzgebiet besteht zwar auch keine spezielle Förderung, doch wirken hier die allgemeinen Fördermaßnahmen des Bundes, einschließlich der Fördermaßnahmen der EG (z.B. Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, konditionsgünstige Kreditprogramme, steuerliche Hilfen). Derartige Fördermaßnahmen leisteten in der Vergangenheit und bis in die Gegenwart dem ehemaligen Zonenrandgebiet wirksame wirtschaftliche Hilfe. Auch an der nunmehr neuen EG-Außengrenze ist festzustellen, daß die grenzspezifischen Behinderungen für die wirtschaftliche Entfaltung vom Wesen her nach wie vor bestehen. Fazit dieses Abschnitts ist, daß zunächst die bereits bestehenden Möglichkeiten der EG-Förderung maximal genutzt werden müssen, wenn Ungleichgewichten der Struktur- und Regionalförderung zwischen der deutschen und der polnischen Grenzregion wirksam begegnet werden soll. Außerdem wird es für notwendig gehalten, zwischen der EG und der polnischen Regierung einen übereinstimmenden Standpunkt zur Entwicklung einer speziellen Förderung für die polnischen Grenzregionen zu erzielen. Dennoch müssen in Zukunft auch auf deutscher Seite die Grenzkreise im Rahmen der Schwerpunktbildung ihrer Länder eine höhere Förderung insbesondere für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft erfahren. Die Fördermittel sollten stärker dem Erhalt und der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Wiedernutzbarmachung von Industriearbeitsstätten dienen.

In einem abschließenden *fünften Abschnitt* werden die Schlußfolgerungen aus den Untersuchungen als regionalpolitischer Handlungsbedarf dargestellt. Das wichtigste Ergebnis ist, daß beim gegenwärtigen Stand der Lösung der Probleme weitere Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung der Grenzregion nicht in erster Linie von der Erschließung neuer Finanzquellen des Bundes oder der Europäischen Gemeinschaften abhängen. Vielmehr müssen zunächst die wirtschaftlichen Potentiale und Chancen des engeren Wirtschaftsraums an der deutsch-polnischen Grenze detailliert recherchiert, die grenzraumspezifische Wirtschaftsinfrastruktur (Grenzübergänge, Verkehrsverbindungen und Telekommunikation) auf der Grundlage der vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten modernen Erfordernissen angepaßt und der regionalpolitische Handlungsbedarf kanalisiert bzw. institutionalisiert werden. Mit der Republik Polen sollte allerdings im Rahmen der gemeinsamen Regierungskommission dahingehend eine Übereinkunft gefunden werden, daß sich beide Staaten zu einer speziellen Wirtschaftsförderung des engeren Grenzgebietes verpflichten. Als regionalpolitischer Handlungsbedarf ergeben sich nach Auffassung der Autoren 18 Aufgabenstellungen, die im einzelnen erläutert werden.

Ergänzend zu den Bemerkungen über Anliegen, Herangehen und Inhalt der Studie soll auch auf einige weitere

Karte 2:
Grenzübergänge für den Straßenverkehr



wichtige Schlußfolgerungen aus den vom IAW durchgeführten Untersuchungen hingewiesen werden, die nicht mit dem 18-Punkte-Aufgabenkatalog für den regionalpolitischen Handlungsbedarf identisch sind, der am Schluß der Studie formuliert wurde.

Erstens erscheint wichtig, daß für die wirtschaftliche Erschließung der Grenzregion ein quasi gemeinsames deutsch-polnisches Planungskonzept, eine Art gemeinsame Philosophie, entwickelt wird

- durch zunächst weiter detaillierte Untersuchungen der wirtschaftlichen Potenzen beiderseits der Grenze, aufbauend auf den historisch entstandenen Gemeinsamkeiten,
- durch Ableitung der Felder für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit,

- durch die gemeinsame Entwicklung und Nutzung von Förderkonzepten in Übereinstimmung auch mit den Europäischen Gemeinschaften,

und wofür schließlich ein möglichst breiter, politischer und wirtschaftlicher Konsens in Polen und in der Bundesrepublik Deutschland gefunden werden muß.

Diese Aufgabe wird teilweise sowohl auf deutscher als auch polnischer Seite in dem Sinne mißverstanden, als ginge es darum, unternehmerische Initiative durch Planung bzw. Reglementierung einzuengen. Darum geht es keinesfalls. Vielmehr ist zu berücksichtigen, daß bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischenstaatliche Interessen berührt werden, wofür ein Konsens hergestellt werden muß, weil sich sonst nichts bewegen wird. Darüber hinaus können Fördermittel, ob von der EG oder aus anderen Quellen, nur beansprucht werden, wenn Planungen und

Projekte vorliegen, für die diese Mittel gezielt eingesetzt werden sollen. Deshalb muß die Erarbeitung eines gemeinsamen Planungskonzepts einen hohen Stellenwert haben. Dabei scheint von großer Bedeutung, daß in diesem Planungskonzept der wirtschaftlichen Erschließung der Grenzregion sowohl deutsche als auch polnische Interessen eine gleichgewichtige Berücksichtigung finden. Hier ist von beiden Seiten nicht nur guter Wille, sondern auch Kompromißbereitschaft und Verständnis für die Lage des Partners und die Bewußtheit erforderlich, daß eigene Interessen nicht gegen den Partner, sondern nur mit ihm zusammen durchgesetzt werden können.

Zweitens sollte unabhängig von Beginn und Fortschritt strategischer Planungsarbeiten der Ausbau der Grenzübergänge sofort und mit höchster Priorität durchgeführt werden, da ein leistungsfähiger Grenzübergang Kristallisationspunkt sowohl von Industrie- und Gewerbeansiedlung als auch des gesellschaftlichen Miteinanders der dort lebenden Polen und Deutschen ist. Wo er fehlt, können das Wirtschaftsleben und soziale Kontakte nicht über die Grenze pulsieren. Das Kartenschema über die aktuelle Situation auf diesem Gebiet verdeutlicht, wie groß hier der Handlungsbedarf ist.

Nicht nur das Defizit an Planung von Grenzübergängen, sondern auch die geplanten und die bereits bestehenden Grenzübergänge erfordern die Mobilisierung allen verfügbaren Handlungsspielraumes, um die bestehende unerträgliche Situation möglichst zu entschärfen.

Drittens sollte die Interessensicherung – wie in der Studie vorgeschlagen – regionalisiert werden, weil die Interessen nicht im ganzen Grenzverlauf gleich sind. Beispielsweise werden in der nördlichen Grenzregion die Interessen der Zusammenarbeit sehr stark durch das wirtschaftliche Gewicht der Industrieregion Stettin bestimmt, der auf deutscher Seite vor allem landwirtschaftlich geprägte Kreise gegenüberstehen, während in der Mitte und im Süden der Grenzregion die Interessenlage sowie Wirtschaftsstrukturen und -potentiale durch die Doppelstädte Frankfurt/Slubice, Guben/Gubin und das Industriezentrum Cottbus sowie Görlitz/Zgorzelec bestimmt werden. Diese Aufgabe könnten regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaften übernehmen. An ihnen sollten nicht zu viele Kreise beteiligt sein, da die unmittelbare Verantwortung der Gebietskörperschaften und Kommunen für diese Aufgaben erhalten bleiben muß. Sinnvoll wäre auch in jedem Grenzabschnitt eine Zusammenarbeit deutscher und polnischer Wirtschaftsorganisationen, so wie das bereits für die Euroregion Dreiländereck in Zittau erfolgt, wo es ein gemeinsames Büro deutscher, polnischer und tschechoslowakischer Vertreter gibt. Regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaften könnten darüber hinaus dem Wettbewerb und dem Erfahrungsaustausch starken Auftrieb verleihen.

austausch starken Auftrieb verleihen.

Viertens ist schon heute dringend erforderlich, die Verantwortung für die Wirtschaftsentwicklung in der deutsch-polnischen Grenzregion zu institutionalisieren. Die Landesregierungen und die deutsch-polnische Regierungskommission wären mit dieser Aufgabe überfordert. Der Handlungsbedarf und die lokale Bereitschaft zur Mitwirkung sind allerdings so groß, daß der Mangel an Organisation und Koordinierung schon heute überall deutlich spürbar wird. Diese Aufgaben vollständig den Kräften des Marktes oder der spontanen örtlichen Initiative zu überlassen, wäre angesichts des großen Rahmens, der auch durch den deutsch-polnischen Vertrag abgesteckt ist, zuwenig. Ob es heute schon eine deutsch-polnische Entwicklungsbank mit ihrem sicherlich hohen Kapitalbedarf sein muß – wie in der GOPA-Studie vorgeschlagen –, mag bezweifelt werden. Der Vorschlag zielte aber bezüglich der Institutionalisierung des Handlungsbedarfs sicherlich in die richtige Richtung. Vielleicht kann jedoch diese Aufgabe ein Dachverband von Wirtschaftsförderungsgesellschaften der deutsch-polnischen Grenzregionen besser lösen, zumal zunächst noch ein erheblicher Studien- und Planungsaufwand zu leisten ist, um die Konturen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Grenzregion deutlicher zu machen.

Als unmittelbares Handlungskonzept dürfte sich folgendes Fazit aus den vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Berlin durchgeführten Untersuchungen ableiten:

Beim gegenwärtigen Stand der Lösung der wirtschaftlichen Probleme in der deutsch-polnischen Grenzregion hängen weitere Fortschritte nicht in erster Linie von der Erschließung neuer Finanzquellen des Bundes oder der Europäischen Gemeinschaften ab. Wenn auch feststeht, daß es ohne finanzielle Förderung nicht geht, so müssen doch zunächst

- die wirtschaftlichen Potentiale des engeren Wirtschaftsraumes an der deutsch-polnischen Grenze detailliert und zu einem konsensfähigen Planungskonzept verallgemeinert,
- die grenzraumspezifische Wirtschaftsinfrastruktur, wie Grenzübergänge, Verkehrsverbindungen, Telekommunikation u.a., auf der Grundlage der vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten modernen Erfordernissen angepaßt,
- der gravierende Mangel an gegenseitiger Wirtschaftsinformation abgebaut,
- die politische, soziale und kulturelle Zusammenarbeit als quasi sekundäre Förderkulisse entwickelt und
- der regionalpolitische Handlungsbedarf kanalisiert bzw. institutionalisiert werden.

Anmerkung

- *) Der Beitrag entstand auf der Grundlage eines Vortrags, den der Verfasser am 8.5.1992 in Warschau auf einem Seminar des Instituts für Geographie und Raumordnung der Polnischen Akademie der Wissenschaften gehalten hat.

*Dr. Dieter Willers
Leiter der Abteilung Regionale Studien
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Hans-Beimler-Straße 70–72
O – 1026 Berlin*